

Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0099/11	Datum 15.03.2011
Dezernat: II	II/01	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	22.03.2011	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	06.04.2011	öffentlich	Beratung
Stadtrat	28.04.2011	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH sowie den Konzernjahresabschluss 2010 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 199.260.973,70 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 8.163.262,31 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 8.163.262,31 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 816.326,23 EUR auf die freie Rücklage und 7.346.936,08 auf die Betriebsmittelrücklage,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Andreas Brakmann, sowie dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG Audit GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen,
 - den Konzernjahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.			x	nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
	JA		NEIN			x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
<input type="checkbox"/>	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
<input type="checkbox"/>	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
<input type="checkbox"/>	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
<input type="checkbox"/>	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
<input type="checkbox"/>	Anlage Kostenberechnung
<input type="checkbox"/>	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
<input type="checkbox"/>	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) II/01	Sachbearbeiter Frau Brennecke	Unterschrift Herr Koch
----------------------------	----------------------------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Herr Zimmermann
------------------------------------	---------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	30.06.2011
-----------------------------------	------------

Begründung:

Dem Jahresabschluss der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2010 wurde von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Prüfung gemäß § 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) zur Verwendung der pauschalen Fördermittel, die Prüfung zur Aufstellung der Erlöse gemäß § 4 Abs. 3 Satz 7 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) und die Prüfung zum Ausbildungsbudget nach § 17a Abs. 7 KHG. Auch diese Prüfungen führten zu keinen Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr zum 31.12.2010 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe 8.163.262,31 EUR (Vorjahr: 3.756,2 Tsd. EUR) ab.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft soll den vorliegenden Jahresabschluss in seiner Sitzung am 21.03.2010 zustimmend zur Kenntnis nehmen und dem Gesellschafter die Beschlussfassung empfehlen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde ebenfalls wieder ein Konzernjahresabschluss vorgelegt. Gemäß § 290 HGB ist das Mutterunternehmen grundsätzlich zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB einer Pflichtprüfung unterliegt. Mit dem Konzernabschluss soll ein objektives Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des gesamten Konzerns gegeben werden. Dabei werden entsprechende Verflechtungen (innerkonzernliche Forderungen/Verbindlichkeiten, Erträge/Aufwendungen etc.) eliminiert. Der Konzernabschluss hat somit einen rein informativen Charakter. Mit der Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH zum 01.07.2009 war die Gesellschaft zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden ebenfalls durch die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

1. Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 1 zur Drucksache. Dort wird zusammengefasst die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft dargestellt, es werden Ausführungen zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegeben sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung eingeschätzt.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

„Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Klinikums einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung des Klinikums ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.“

2. Analyse des Jahresabschlusses 2010 im Vergleich zum Vorjahr

2.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 9.964,3 Tsd. EUR auf insgesamt 109.159,3 Tsd. EUR und setzen sich wie folgt zusammen:

Werte in Tsd. EUR	<u>2010</u>	<u>2009</u>
Erlöse aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelte	93.592,1	82.928,5
Erlöse aus Basispflegesätzen	3.342,9	3.245,2
Erlöse aus Abteilungspflegesätzen	10.065,7	9.421,8
Weitere tagesgleiche Entgelte, insbesondere der Tageskliniken	768,2	2.910,9
Zuschläge für Ausbildung, Arbeitszeitverbesserung, AiP, usw.	1.138,7	2.313,0
Abschläge Tarifrater, Mehrleist., vorläuf. Erlösausgleiche	./ 1.336,7	./ 1.634,6
Sonstige Entgelte	<u>2.064,9</u>	<u>2.191,8</u>
Zwischensumme	109.635,8	101.376,6
Ausgleichsbeträge für Vorjahre	+ 2.154,0	+ 99,3
Ausgleichsbeträge des laufenden Geschäftsjahres	<u>./ 2.630,5</u>	<u>./ 2.280,9</u>
Summe	<u>109.159,3</u> =====	<u>99.195,0</u> =====

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich insbesondere die Erlöse aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelten. Bei dem für 2010 vereinbarten DRG-Erlösbudget waren Erlöse inklusive Zusatzentgelte in Höhe von 89.577,0 Tsd. EUR bei einem Case-Mix-Index (CMI = durchschnittlicher ökonomischer Fallschweregrad) von 1,0680 und 27.249 DRG-Fällen geplant. Behandelt wurden in 2010 tatsächlich 27.814 Fälle (Vorjahr: 26.905) mit einem CMI von 1,0780 (Vorjahr: 1,0270). Der jahresdurchschnittliche Basisfallwert (inkl. Ausgleichs- und Berichtigungsbeträge für Vorjahre) erhöhte sich von 2.812,72 Tsd. EUR im Vorjahr (bereinigt um Ausgleiche und Berichtigungen) auf 2.884,00 EUR im Berichtsjahr.

Die Erlöse aus Wahlleistungen in Höhe von 276,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 232,4 Tsd. EUR) beinhalten im Wesentlichen die Wahlarztleistungen und die Wahlleistungen Zimmer.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 189,1 Tsd. EUR auf 1.639,6 Tsd. EUR. Zu dieser Position gehören u.a. die Erlöse aus Krankenhausambulanzen, die Erlöse aus KV-Abrechnungen und die Erlöse aus ambulanten Operationen.

Die Position Nutzungsentgelte der Ärzte hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,4 Tsd. EUR auf 349,3 Tsd. EUR erhöht. Hier erfolgt der Ausweis der Nutzungsentgelte, der Erlöse aus Sachkostenanteilen, der Abgaben aus Gutachtertätigkeit und der übrigen Erlöse.

Im Berichtsjahr wird eine Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen (-184,2 Tsd. EUR) ausgewiesen (Vorjahr: 319,5 Tsd. EUR).

Die Position Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10 in Höhe von 941,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 986,0 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen die Erstattungen für Notarzt und Rettungsdienst. Des Weiteren werden hier Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst, Erstattungen der Sozialversicherungsträger zum Ausgleichsverfahren Mutterschutz sowie sonstige Erstattungen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich von 7.595,0 Tsd. EUR im Vorjahr auf 4.687,2 Tsd. EUR im Berichtsjahr. In dieser Position werden Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (2.329,7 Tsd. EUR), Erträge aus Erstattungen des Personals (237,4 Tsd. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (108,1 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (2.012,0 Tsd. EUR) ausgewiesen. Zu den Erlösen aus Hilfs- und Nebenbetrieben gehören u.a. Erstattungen für Apothekenlieferungen, Zubereitungskosten und Kosten der Leichenaufbewahrung.

Der Personalaufwand beinhaltet im Berichtsjahr Aufwendungen für Gehälter in Höhe von 55.297,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 54.210,2 Tsd. EUR) sowie Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung in Höhe von 11.401,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 10.978,9 Tsd. EUR). Die Vergütungen der Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen des Personalüberleitungsvertrages vom 18.12.2007. Seit dem 01.04.2008 kommt der Haustarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte mit dem Bemessungssatz von 100 % des Tarifbereiches West zur Anwendung. Für das nichtärztliche Personal findet der TVöD einschließlich der Regelungen des Übergangsrechts Anwendung. Bei Neueinstellungen des nichtärztlichen Personals erfolgt die Vergütung in Anlehnung an den TVöD. Die Vergütungen leitender Angestellter im Sinne des § 5 Abs. 3 und 4 BetrVG erfolgen einzelvertraglich.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Gesellschaft 1.211,8 Vollkräfte (Vorjahr: 1.192,3 Vollkräfte) beschäftigt. Davon gehören zum ärztlichen Dienst 210,8 Vollkräfte, zum Pflegedienst 480,4 Vollkräfte, zum medizinisch-technischen Dienst 167,6 Vollkräfte, zum Funktionsdienst 150,7 Vollkräfte, zum Wirtschafts- und Versorgungsdienst 60,9 Vollkräfte und zum sonstigen Personal 141,4 Vollkräfte. Der Anstieg der Personalaufwendungen begründet sich u.a. mit der Erhöhung der Anzahl der Vollzeitkräfte, mit der Anhebung der tariflichen Vergütung nach TVöD um 3 % ab 01.01.2010 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 und ab 01.09.2010 für sämtliche Mitarbeiter um weitere 3 % sowie mit den Rückstellungen für Einmalzahlungen in Höhe von 1.163,0 Tsd. EUR.

Die Position Materialaufwand setzt sich zusammen aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 27.393,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 25.036,9 Tsd. EUR) und aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 3.193,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.210,0 Tsd. EUR). Zu den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gehören die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf (23.524,3 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Lebensmittel (1.023,7 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (2.160,7 Tsd. EUR) sowie die Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (684,7 Tsd. EUR).

In den Positionen 10 bis 14 der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Krankenhausbuchführungsverordnung der separate Ausweis von Fördermitteln und anderer öffentlicher Zuweisungen für Investitionen.

In der Position Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (Pos. 10) in Höhe von 1.711,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.505,7 Tsd. EUR) werden pauschale Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von 1.496,4 Tsd. EUR sowie weitere Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 215,5 Tsd. EUR ausgewiesen.

In der Position Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (1.083,9 Tsd. EUR) werden entsprechende Erträge in Höhe der Abschreibungen auf förderfähige, jedoch mit Eigenmitteln vor Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) angeschaffte Anlagegüter gebucht. Damit erfolgte eine Neutralisierung der entsprechenden Abschreibungen und die Gewinn- und Verlustrechnung bleibt diesbezüglich erfolgsneutral.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Pos. 12) in Höhe von 5.499,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.315,5 Tsd. EUR) dient ebenfalls ausschließlich der Neutralisierung von Aufwendungen. Diese betreffen zum einen die entsprechenden Abschreibungen auf die Anlagegüter, die mit Fördermitteln und anderen Zuwendungen angeschafft wurden und zum anderen auch die Aufwendungen aus dem Abgang dieser mit Fördermitteln bzw. Zuwendungen finanzierten Anlagegüter.

In der Position 13 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (1.742,2 Tsd. EUR) werden Erträge durch Einbuchung von Aufwendungen ergebnisneutral gestellt. Das betrifft Aufwendungen für pauschale Zuweisungen bzw. Einzelfördermittel, für andere Zuwendungen, für entsprechende Verkaufserlöse aber auch für Zinserträge angelegter Fördermittel.

In der Position 14 Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegütern erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 38,4 Tsd. EUR.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden im Berichtsjahr in Höhe von 6.912,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.765,9 Tsd. EUR) ausgewiesen. Durch die Auflösung der Sonderposten und durch die Einstellungen in die Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung bleiben die Abschreibungen für die Erfolgslage weitgehend neutral. Ergebniswirksam sind nur die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter und auf mit Eigenmitteln nach dem 01.01.1991 finanziertes Anlagevermögen. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 389,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 239,0 Tsd. EUR) ergebniswirksam.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich im Berichtsjahr auf 10.683,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 12.520,7 Tsd. EUR) und beinhalten die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf (2.250,0 Tsd. EUR), für Instandhaltungen (4.835,7 Tsd. EUR), für Abgaben/Versicherungen (1.019,1 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (2.578,2 Tsd. EUR).

Es werden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 51,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 27,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 230,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 94,8 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Kontokorrent-, Darlehen- und Bereitstellungszinsen.

In der Position 19 wird als Zwischenergebnis das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 8.323,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.837,5 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Im Berichtsjahr werden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 110,3 Tsd. EUR ausgewiesen, die aus den neuen Passivierungsvorschriften zu den Altersteilzeitverträgen aufgrund der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes resultieren.

Steuern fielen in Höhe von 49,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 81,2 Tsd. EUR) an.

Zum 31.12.2010 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 8.163,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.756,2 Tsd. EUR) ausgewiesen.

2.2 Bilanz zum 31.12.2010

Aktiva

Insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr in der Position Anlagevermögen eine Verminderung von 141.937,7 Tsd. EUR auf 137.908,1 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgten im Berichtsjahr Zugänge in Höhe von 135,6 Tsd. EUR und Abschreibungen in Höhe von 167,1 Tsd. EUR. Per 31.12.2010 wird ein Restbuchwert in Höhe von 159,3 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden Investitionen in Höhe von 2.759,5 Tsd. EUR getätigt. Dabei entfallen 423,6 Tsd. EUR auf die Position *Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken*, 37,0 Tsd. EUR auf die Position *technische Anlagen*, 1.935,2 Tsd. EUR auf die Position *Einrichtungen und Ausstattungen* und 363,7 Tsd. EUR auf die *geleisteten Anzahlungen/Anlagen im Bau*.

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten verringerte sich von 127.434,0 Tsd. EUR auf 124.197,9 Tsd. EUR. Die Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 423,6 Tsd. EUR betreffen das Grundstück „Bruno-Taut-Ring“ und den Anbau des IST-Zentrums. Abschreibungen wurden in Höhe von 3.659,3 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position technische Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr von 2.817,4 Tsd. EUR auf 2.438,8 Tsd. EUR. Zugänge erfolgten hier nur in Höhe von 37,0 Tsd. EUR; Abschreibungen wurden in Höhe von 415,6 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position Einrichtungen und Ausstattungen verringerte sich im Berichtsjahr von 11.398,8 Tsd. EUR auf 10.651,7 Tsd. EUR ausgewiesen. Hier erfolgten im Wesentlichen Zugänge für medizinische Ausstattungen in Höhe von 1.391,8 Tsd. EUR, für Ausstattungen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich in Höhe von 239,0 Tsd. EUR und für Mobiliar im Klinikum in Höhe von 25,2 Tsd. EUR. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres betreffen 2.670,1 Tsd. EUR.

Die Position geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau erhöhte sich im Berichtsjahr von 21,7 Tsd. EUR auf 385,4 Tsd. EUR. Die Zugänge betreffen das Bauprojekt Parkplatz sowie das Bauprojekt Erweiterung Haus D.

Unter den Finanzanlagen werden in unveränderter Höhe die Beteiligungen an den drei Tochtergesellschaften in Höhe von jeweils 25,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Bei der Bilanzposition des Umlaufvermögens/Vorräte wird in der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.235,6 Tsd. EUR) im Wesentlichen der bevorratete medizinische Bedarf (1.144,6 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den unfertigen Leistungen erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 1.201,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.385,8 Tsd. EUR).

Bei der Position der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis von vier Einzelpositionen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Einzelnen:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.893,2 Tsd. EUR
- Forderungen an den Gesellschafter	8,4 Tsd. EUR
- Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	389,7 Tsd. EUR
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10,5 Tsd. EUR
- Sonstige Vermögensgegenstände	99,7 Tsd. EUR

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13.893,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 10.414,2 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Forderungen aus der stationären Leistungsabrechnung. Zum Prüfungszeitpunkt (28.01.2011) waren 6.074,9 Tsd. EUR noch offen.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von 8,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 2,1 Tsd. EUR) betreffen Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit der Landeshauptstadt Magdeburg.

In der Position Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 389,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 209,9 Tsd. EUR) erfolgt der Ausweis von Ausgleichsforderungen nach der Bundespflegeverordnung und dem Krankenhausentgeltgesetz an die Krankenkassen.

Im Berichtsjahr wird eine Forderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 10,5 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden in Höhe von 99,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 47,6 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen Forderungen an das Bundesamt für Zivildienst, Personalkostenerstattungen, Forderungen gegen Mitarbeiter wie auch aus Personalverkauf der Apotheke.

Beim Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt 14.272,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 10.543,8 Tsd. EUR) ausgewiesen. Davon betreffen 459,0 Tsd. EUR Guthaben aus Fördermitteln.

Des Weiteren erfolgt auf der Aktivseite der Bilanz der Ausweis eines Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung gemäß § 5 Abs. 5 Krankenhausbuchführungsverordnung. Dieser Posten muss in Höhe der Abschreibungen auf Anlagegüter gebildet werden, die vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) mit Eigenmitteln angeschafft wurden. Er hat den Charakter einer Bilanzierungshilfe und ist der Gegenposten zur Ertragsbuchung gemäß Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgte hier wieder die Einstellung der Mittel in Höhe der Abschreibungen mit 1.083,9 Tsd. EUR und damit eine Erhöhung zum Bilanzstichtag auf 30.036,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 28.952,9 Tsd. EUR).

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wird in Höhe von 205,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 127,9 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft hauptsächlich vorausgezahlte Miet- und Wartungsaufwendungen, die erst das Jahr 2011 betreffen.

Passiva

Im Eigenkapital wird unverändert ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 500,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Kapitalrücklage wird zum 31.12.2010 ebenfalls in unveränderter Höhe von 62.135,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag erfolgt der Ausweis von Gewinnrücklagen in Höhe von 5.016,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.259,9 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahresstichtag ergibt sich aus der Zuführung des Jahresüberschusses 2009 in Höhe von 3.756,2 EUR.

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 8.163,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.756,2 Tsd. EUR) ab.

Beim Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden unterschiedliche Posten gebildet, die sich nach dem Fördermittelgeber richten.

Beim Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG werden Mittel in Höhe von 69.803,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 72.602,1 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hier handelt es sich um die gemäß § 5 Abs. 3 Krankenhausbuchführungsverordnung passivierten Fördermittel der finanzierten Anlagegüter, die in Höhe der entsprechenden Abschreibungen wieder aufgelöst werden. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Unter dem Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgt separat der Ausweis für andere Einzelfördermittel der öffentlichen Hand, die somit nicht nach dem KHG gezahlt wurden. Die Behandlung dieses Passivpostens erfolgt in analoger Weise zur vorherigen Position. Die Auflösung erfolgt in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum 31.12.2010 beträgt der Stand 29.540,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 30.759,1 Tsd. EUR).

Des Weiteren erfolgt der Ausweis des Sonderpostens aus Zuwendungen Dritter, der zum Bilanzstichtag 99,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 108,2 Tsd. EUR) beträgt. Hier erfolgt ebenfalls die Auflösung in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung dieser Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Rückstellungen erhöhten sich im Berichtsjahr von 12.075,8 Tsd. EUR auf 13.166,4 Tsd. EUR. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

<u>Werte in Tsd. EUR</u>	<u>2010</u>	<u>2009</u>
Steuerrückstellungen	4,0	60,4
Strukturanpassungsmaßnahmen II. Konsolidierungsphase	1.721,4	1.721,4
Urlaubs- und Überstundenrückstellungen	1.147,5	1.203,8
Jubiläumrückstellungen	76,3	67,4
Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen	911,9	1.068,5
Prüfungs- und Beratungskosten	83,7	85,2
Instandhaltungsmaßnahmen	3.453,6	3.967,7
Bereitschaftsdienstvergütungen	791,5	792,2
Sonstige Personalarückstellungen	2.192,4	1.003,0
Risikoabschlag laufende MDK-Prüfungen	2.035,0	1.500,0
Sonstige Rückstellungen	<u>753,1</u>	<u>606,2</u>
	<u>13.166,4</u>	<u>12.075,8</u>
	=====	=====

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft verringerten sich zum 31.12.2010 insgesamt von 11.576,4 Tsd. EUR auf 10.820,1 Tsd. EUR.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wird zum Bilanzstichtag noch ein Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft AG in Höhe von insgesamt 2.577,4 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3.193,2 Tsd. EUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 67,7 Tsd. EUR erhöht. Zum Prüfungszeitpunkt (24.01.2011) waren bis auf 342,7 Tsd. EUR alle Verbindlichkeiten beglichen.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 2.877,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.588,6 Tsd. EUR) umfassen bewilligte und noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel sowie Ausgleichsverpflichtungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz und der Bundespflegesatzverordnung.

Bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 196,9 Tsd. EUR handelt es sich ebenfalls um noch nicht verwendete Zuwendungen sonstiger Zuwendungsgeber.

Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis der Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,6 Tsd. EUR.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.975,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.287,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Verbindlichkeiten aus Lohn-, Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag, aus Investitionszuschlägen, aus zweckgebundenen Zuwendungen und Drittmitteln sowie gegenüber Chefärzten.

Es wird ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 16,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 20,6 Tsd. EUR) für eine erhaltene Vorauszahlung ausgewiesen.

3. Konzernjahresabschluss 2010

In den Konsolidierungskreis wurden die Jahresabschlüsse der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Muttergesellschaft) und der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH als 100%-iges Tochterunternehmen aufgenommen. Eine Einbeziehung der weiteren Tochtergesellschaften in den Konzernabschluss war aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht notwendig.

Die Konsolidierung erfolgte nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung. Die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH 2010 einen uneingeschränkten Bestätigungsver-

merk erteilt. Der Konzernabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.231.630,43 EUR aus.

4. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2010 soll in der Aufsichtsratssitzung am 21.03.2011 zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Der Aufsichtsrat soll der Gesellschafterversammlung folgende Beschlussfassung empfehlen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, versehenen Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 199.260.973,70 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 8.163.262,31 EUR fest.
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt, den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 8.163.262,31 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen. Davon entfallen auf die freie Rücklage 816.326,23 EUR und auf die Betriebsmittelrücklage 7.346.936,08 EUR.
3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung.
4. Die Gesellschafterversammlung bestellt die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011.

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Empfehlungen des Aufsichtsrates an. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres ist aufgrund der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht ausschüttungsfähig. Die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wäre damit zum 5. Mal als Abschlussprüfer bei der Gesellschaft tätig. Gemäß § 42a GmbHG hat der Gesellschafter auch über die Feststellung des Konzernjahresabschlusses zu beschließen.

Das Prüfungsergebnis 2010 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Lagebeurteilung der Gesellschaft, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlagen beigefügt. In der Anlage 7 sind die entsprechenden Unterlagen des Konzernabschlusses beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

Anlagen:

1. Lagebeurteilung
2. Bilanz
3. Gewinn- u. Verlustrechnung
4. Bestätigungsvermerk
5. Lagebericht
6. Beschlussvorschläge für den AR
7. Konzernunterlagen